



Antrag

Stärkung der politischen Repräsentanz des Ausländerbeirates

Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt fordert den Magistrat auf, sich für eine Stärkung der politischen Repräsentanz des Ausländerbeirates einzusetzen und deshalb die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates zu schaffen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei den kommunalen Spitzenverbänden für eine Zusammenlegung der Termine der Ausländerbeiratswahlen mit den Kommunalwahlen zu verwenden.

Begründung:

Die Frage der Integration stellt sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. So auch bei der Kinderbetreuung und der Altenpflege, in der sozialen Ausgestaltung der Stadtteile/Ortsteile und der politischen Teilhabe von Ausländerbeiräten.

Politische Teilhabe ist der Schlüssel zur Integration. Dies ist nicht nur eine Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, sondern auch eine Frage der politischen Repräsentanz. Die Synchronisierung der Wahltermine von Kommunalwahlen und Ausländerbeiratswahlen wird dazu beitragen, eine größere demokratische Repräsentanz und Wahlbeteiligung zu erwirken.

Die Ermöglichung eines direkten Antrags- und Rederechts in der Stadtverordnetenversammlung wird dazu führen, die politische Repräsentanz ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger über ihre gewählte politische Repräsentanz zu verbessern.

Darmstadt, 16. August 2011

Michael Siebel
Santi Umberti
Yasemin Aslan
Horst Adalbert Härter
(Stadtverordnete)

Hanno Benz
(Fraktionsvorsitzender)